

„Europäische Werte und Standards in den Medien fördern“

Die Zusammenarbeit des KAS-Medienprogramms mit Medienvertretern und der Politik in Südosteuropa ist Thema eines Interviews mit Christian Spahr, Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa. Es wurde von der Studentin Michelle Trimborn im Rahmen einer Master-Arbeit an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder) geführt.

Michelle Trimborn: Das Medienprogramm Südosteuropa besteht seit 2005. Seit 2007 befindet sich das Programmbüro in Sofia; auch andere Organisationen vor Ort engagieren sich für die Pressefreiheit. Gleichzeitig verliert Bulgarien seit Jahren Plätze in den Ranglisten zur Pressefreiheit. Würden Sie sagen, die Medienhilfe ist nicht effektiv?

Christian Spahr: Wir würden uns Illusionen hingeben, wenn wir denken, dass Angebote aus Deutschland automatisch die Verhältnisse in anderen Ländern verändern. Es geht vielmehr darum, mit Einzelpersonen und mit Institutionen zu arbeiten, die unsere politischen Werte teilen. Damit meine ich nicht nur Werte der Konrad-Adenauer-Stiftung, sondern allgemeine europäische Werte. Die Länder in Südosteuropa befinden sich in einem Transformationsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist.

Bulgarien etwa ist ein Land, das sich in der EU befindet und auch schon europäische Strukturen übernommen hat, aber solche tiefgreifenden Veränderungen setzen sich über längere Zeit hinweg fort. Politische Eliten, Medien- und Wirtschaftssysteme

müssen an die neuen Werte und Verhältnisse angepasst werden. Diesen Anpassungsprozess wollen wir unterstützen, gemeinsam mit anderen NGOs und Stiftungen aus Deutschland und weiteren westeuropäischen Ländern – auch die USA sind aktiv. Man kann das nicht in direkten Zusammenhang setzen mit Rückwärtstendenzen, die es ebenfalls gibt. Es wird nicht automatisch alles besser, wenn sich ein Land auf dem Weg in die EU befindet oder die EU-Mitgliedschaft erworben hat. Es gibt auch Rückschläge – und die muss man natürlich thematisieren.

Bezüglich der Pressefreiheit kann leicht ein Missverständnis entstehen. Bulgarien liegt auf Platz 106 im Ranking von Reporter ohne Grenzen. Das ist kein würdiger Platz für ein EU-Land. Andererseits liegt das nicht daran, dass in Bulgarien kritische Journalisten systematisch vom Staat verfolgt würden, sondern in erster Linie an den schwierigen Verhältnissen in der Medienbranche selbst.

Die Eigentümerschaft von Medien ist ein großes Thema – es findet eine Monopolisierung statt, zumindest im Bereich der Printmedien. Medieneigentümer sind oft keine Publizisten im mitteleuropäischen Sinne, sondern Akteure aus der Wirtschaft oder aus der Politik, die Medien benutzen, um ihre anderweitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen zu verfolgen. Solche Medieneigentümer haben kein originäres Interesse an unabhängigem Qualitätsjournalismus oder an kritischer Berichterstattung. Sie arrangieren sich gerne mit den Mächtigen, und das ist keine gute Basis für eine unabhängige Berichterstattung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**MEDIENPROGRAMM
SÜDOSTEUROPA**
CHRISTIAN SPAHR

Januar 2016

www.kas.de/medien-europa

Insofern ist es unsere Aufgabe, solche Tendenzen und Verhältnisse zu analysieren, gemeinsam mit Partnern aus Bulgarien und anderen Ländern der Region. Wir sehen unsere Rolle darin, die öffentliche Debatte über diese Probleme zu verstärken und alle relevanten Medienakteure, das heißt Journalisten, Medieneigentümer, Politiker und unabhängige Experten zu einem Dialog zu bewegen. Damit stärken wir auch in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für Medienfreiheit. Ein weiterer Aspekt ist, dass wir individuelle Fortbildungen für Journalisten anbieten, die ihre Arbeit besser und unabhängiger machen wollen. In diesem Bereich fördern wir vor allem investigativen Journalismus, da er dazu beiträgt, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft transparenter werden.

Sehen Sie in dem Bereich der Medienfreiheit auch die EU verstärkt im Zugzwang? Müsste sie ein EU-Mitglied wie Bulgarien in diesem Prozess stärker unterstützen? An der bestehenden EU-Förderung wird zudem oft Kritik geübt. Das Geld werde von den Regierungen der Mitgliedsländer oft nicht fair verteilt, so die Bedenken der kritischen Medien ...

Es ist für die EU definitiv ein Thema, wie Medienfreiheit umgesetzt wird. In dem Erweiterungsprozess der EU wird natürlich zu Recht Wert gelegt auf politische Stabilität, das ist zweifelsohne wichtig. Auf der anderen Seite geraten auch Faktoren wie Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit wieder stärker ins Blickfeld, gerade auch bei künftigen Erweiterungsrounden. In den Verhandlungen mit Ländern des Westbalkans werden diese Themen hoffentlich wieder stärker auf die Agenda rücken. Für die Glaubwürdigkeit der EU ist es wichtig, dass sie diese Entwicklungen im Blick behält. Die EU hat auch über Fördermittel einen gewissen Einfluss. Nun kann man nicht sagen, weil die Medienfreiheit zurückgeht, blockieren wir die Hilfen für die Landwirtschaft. Das sind keine Hebel, die man in der Praxis nutzen kann, wenn man die Standards der EU einhalten möchte. Aber es gibt auch EU-Mittel, die in den Medienbereich fließen. Bei Infrastrukturmaßnahmen der EU gibt es etwa die

Möglichkeit, einen kleinen Teil des Budgets für die Information der Bevölkerung zu verwenden. Solche Budgets müssen transparent verteilt werden, wenn Medienhäuser aus südosteuropäischen Ländern in diese Informationskampagnen eingebunden sind. Da gibt es noch Defizite.

Wie sehen Sie Ihre Rolle als deutsche oder ausländische Organisation in Bulgarien? Haben Sie das Gefühl, dass der Dialog mit der Regierung leichter oder schwieriger für Sie ist als für bulgarische Organisationen?

Wir haben grundsätzlich in Bulgarien wie in den meisten Staaten Südosteuropas gute Arbeitsbedingungen. In vielen Ländern des Balkans ist der Austausch mit Deutschland sehr gefragt, weil wir als Unterstützer auf dem Weg in europäische Verhältnisse wahrgenommen werden. Bulgarien ist bereits in der EU, aber dennoch wird der politische Dialog mit Deutschland sehr wichtig genommen. Bei diesem Dialog spielen die deutschen Stiftungen und NGOs eine sehr aktive Rolle. Wir unterstützen den politischen Austausch und haben einen guten Zugang zu den politischen Eliten, den wir nutzen möchten, um Stabilität und einheitliche europäische Standards in vielen Bereichen voranzubringen. Insofern stehen insgesamt die Türen weit offen für einen politischen Austausch mit Deutschland.

Natürlich kann man politische Modelle und Beispiele nicht eins zu eins aus Deutschland in andere Länder übertragen, dessen muss man sich bewusst sein – aber man kann oft wertvolle Anregungen geben. Wir haben in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auch Hilfe und Anregungen aus anderen Ländern benötigt, um unser politisches System neu aufzubauen. Vor diesem Hintergrund können wir jetzt auch einen Beitrag leisten, um etwa in Südosteuropa zur europäischen Integration beizutragen.

Haben Sie das Gefühl, dass Sie durch den Hauptsitz des Programms in Bulgarien vor Ort einen größeren Einfluss haben? Sind sie durch diesen Standort hier präsenter als in den anderen Ländern, in denen das Medienprogramm ebenfalls aktiv ist?

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEDIENPROGRAMM

SÜDOSTEUROPA

CHRISTIAN SPAHR

Januar 2016

www.kas.de/medien-europa

Wir haben zwei unterschiedliche Ansätze als Konrad-Adenauer-Stiftung: Zum einen gibt es Landesbüros in zahlreichen Ländern Südosteuropas, die sich mit dem bilateralen politischen Dialog zwischen Deutschland und dem jeweiligen Land befassen.

Zusätzlich gibt es zwei Regionalprogramme. Das eine ist das Medienprogramm, das sich mit zehn Ländern beschäftigt – den meisten Staaten des ehemaligen Jugoslawien plus Albanien, Bulgarien, Rumänien und Moldau. Für das gleiche Gebiet gibt es ein Rechtsstaatsprogramm mit Sitz in Bukarest. Insofern hat die KAS zahlreiche Büros in der Region, die Themen auch gemeinsam bearbeiten. Die Analyse der Medienlandschaften etwa geschieht immer in Zusammenarbeit mit den KAS-Landesbüros. Im Medienprogramm sehen wir unsere Aufgabe darin, Journalisten und Medienexperten aus mehreren Ländern zu vernetzen, also einen regionalen Dialog zu schaffen, und diesen zu ergänzen durch Aktivitäten auf nationaler Ebene durch die KAS-Landesbüros. Es ist also eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Strukturen.

Uns ist es wichtig, nicht nur Informationen und Know-how aus Deutschland nach Südosteuropa zu bringen, sondern auch den Informationsaustausch zwischen den Ländern Südosteuropas zu verstärken. Im Medienbereich oder in der politischen Kommunikation, etwa der Medienarbeit von Regierungen oder Parteien, gibt es manchmal gute Ansätze in einem Land, die so auch in einem anderen Land funktionieren können. Diesen Dialog herzustellen ist ein wichtiges Ziel unserer Arbeit.

Sehen Sie sich hier als politische Stiftung in der Zusammenarbeit mit Journalisten in einer anderen Rolle als NGOs? Haben Sie den Eindruck, dass Partner zögern, mit politischen Stiftungen zu arbeiten, oder genießt man als deutsche politische Stiftung ein hohes Ansehen, das auch Vertrauen mit sich bringt?

Ich glaube, dass wir als Deutsche vor dem Hintergrund unserer jüngeren Vergangenheit überwiegend einen Ansatz pflegen, der stärker dialogorientiert ist – insofern, dass wir keine fertigen Rezepte in andere Länder

bringen, sondern den Austausch suchen, Anregungen geben und nicht erwarten, dass ein deutsches Modell eins zu eins umgesetzt wird. Das ist zumindest ein Ansatz, den wir im Medienprogramm pflegen und für den ich werben möchte. Wir haben insgesamt als deutsche Institutionen in Südosteuropa einen guten Ruf. Uns wird hohes Interesse entgegengebracht, wir können auf diesem Interesse aufbauen und tragfähige Netzwerke schaffen. Im Medienbereich geht es natürlich nicht immer um politische Richtungsentscheidungen im Sinne von parteipolitischen Fragen. Einerseits ist die politische Landschaft in vielen Ländern sehr polarisiert. Das wirkt sich auf die Medienlandschaften aus. Aber ob ich für Pressefreiheit und Medienvielfalt eintrete, sollte sich nicht danach entscheiden, bei welcher Partei ich Mitglied bin. Insofern verfolgt unsere Arbeit hier den Ansatz, allgemeine europäische Werte und Standards im Medienbereich zu fördern. Wenn wir mit Kommunikationsexperten von politischen Parteien zusammenarbeiten, dann haben wir einen stärkeren Austausch mit Parteien aus unserem Umfeld – wie die anderen deutschen Stiftungen auch.

Sie arbeiten eng mit lokalen NGOs zusammen. Von wem geht diese Kooperation aus, können Sie diese Zusammenarbeit genauer beschreiben?

Wir agieren nicht als reiner Geldgeber für bulgarische oder andere südosteuropäische NGOs. Das heißt, die Zusammenarbeit läuft nicht in dem Sinne, dass wir allein auf Projektvorschläge von Partnern warten und dann über finanzielle Zuwendungen entscheiden, sondern wir setzen im Dialog mit Journalisten und Medienexperten aus der Region eigene Schwerpunkte. Wir entwickeln ein Arbeitsprogramm, dann führen wir manche Veranstaltungen und Studien in Eigenregie durch und andere gemeinsam mit Kooperationspartnern. Wenn es zum Beispiel darum geht, Studien durchzuführen, dann arbeiten wir in der Regel mit Wissenschaftlern oder NGOs aus der Region zusammen. Workshops und Seminare organisieren wir des Öfteren in Eigenregie und laden dann die relevanten Experten ein. Wenn es um größere

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEDIENPROGRAMM

SÜDOSTEUROPA

CHRISTIAN SPAHR

Januar 2016

www.kas.de/medien-europa

Konferenzen geht, wie zum Beispiel das South East Europe Media Forum als größte Medienkonferenz Südosteuropas, dann benötigen wir natürlich Partner und arbeiten mit anderen internationalen Organisationen zusammen, um eine solche Konferenz mit 300 bis 400 Teilnehmern auf die Beine stellen zu können.

Sie organisieren Konferenzen, Studien, Trainings zur Professionalisierung. Gibt es Maßnahmen, die besonders gut angenommen werden und andere, die wenig Anklang finden?

Natürlich muss man die eigenen Aktivitäten auf den Prüfstand stellen und neue Formate entwickeln, aber grundsätzlich lässt sich sagen, dass sowohl Trainings als auch Konferenzen und wissenschaftliche Studien in der Regel sehr gut angenommen werden. Manchmal muss man zu Beginn dafür sorgen, dass neue Angebote auch bekannt werden, aber wir können regelmäßig mit Konferenzen und Studienergebnissen, etwa zum Thema Medienfreiheit, zur politischen Diskussion in unseren Einsatzländern beitragen. Entsprechende Veranstaltungen sind in der Regel sehr gut besucht, nicht nur von Journalisten und Medienexperten, sondern auch von Studenten oder interessierten Bürgern.

... sodass dies auch einen großen zivilgesellschaftlichen Einfluss hat?

Wir wenden uns als Medienprogramm vor allem an Experten-Zielgruppen, das heißt Journalisten, Medienexperten von NGOs und Universitäten, aber auch Politiker und deren Pressesprecher. Trotzdem stellen wir die Ergebnisse unserer Arbeit frei zugänglich ins Internet. Wir sind auf verschiedenen Social-Media-Kanälen aktiv und wollen unsere Publikationen so breit und transparent wie möglich anbieten, um möglichst viele Bürger für unsere Themen zu interessieren.

(Text leicht gekürzt. Titel der Master-Arbeit von Michelle Trimborn: „Ausländische Medienhilfe in Bulgarien – Akteure, Maßnahmen, Lösungen“, Sofia 2015)



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Medienprogramm Südosteuropa

Bul. Yanko Sakazov 19
Et. 1, Ap. 2
1504 Sofia
Bulgarien

Telefon
+359 2 942 49-71

Telefax
+359 2 942 49-79

E-Mail
media.europe@kas.de

Web
www.kas.de/medien-europa